



## Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Toni Schuberl** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III – Terrorfinanzierung austrocknen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die Finanzierung von islamistischem Terrorismus in Bayern trocken-zulegen. Um Erkenntnislücken zu schließen, soll sie insbesondere

- die Aufklärung der Finanzierungsaktivitäten extremistischer Organisationen durch Schaffung von mehr Transparenz- und Offenlegungspflichten für Auslandsfinanzierung bei Körperschaften vorantreiben,
- ein Forschungsprojekt zur wissenschaftlichen Analyse von islamistischen Finanzierungsnetzwerken in Bayern ins Leben rufen.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, eine Arbeitsgruppe mit Sachverständigen aus Wissenschaft und Forschung, der Zivilgesellschaft und den Sicherheitsbehörden einzurichten. Diese soll einen Vorschlag für eine verbindliche Antidiskriminierungsklausel erarbeiten und damit für die Vergabe öffentlicher Zuwendungen ein rechtssicheres Ausschlusskriterium in Bezug auf die Verfolgung antisemitischer, rassistischer und sonstiger menschenverachtender Ziele. Dem Landtag ist über die Ergebnisse Bericht zu erstatten.

### **Begründung:**

Bei der Anhörung des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport im Landtag am 5. Dezember 2024 ist klargeworden: Die Sicherheitsbehörden haben in Bezug auf die Finanzierung von islamistischen Netzwerken in Bayern erhebliche Erkenntnislücken. Die rechtlichen Rahmenbedingungen sind nicht ausreichend, um diese zu schließen. Wir brauchen deshalb größere Transparenzpflichten, die gleichzeitig verfassungskonform sind. Gleichzeitig müssen wir mehr in Forschungsförderung investieren, um besser zu verstehen, welche Netzwerke hinter der Terrorfinanzierung stecken. Mit einer rechtssicheren Antidiskriminierungsklausel im Vergaberecht würde sichergestellt werden, dass staatliche Partner keine extremistischen Verbindungen aufweisen, und effektive Prävention von Extremismus sichergestellt.

Es gilt, die Bedrohung unserer offenen vielfältigen Gesellschaft auch durch islamistischen Terrorismus konsequent zu bekämpfen.